

Annoneen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wuhlestr. 17)
bei C. L. Mittel & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streisand,
in Meseritz bei H. Matthies,
in Wreschen bei J. Jädehoff.

Annoneen
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. L. Paule & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Einnundneunziger Jahrgang.

Nr. 299.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 60 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 29. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Zeitung über deren Raum, Städten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 28. April. Der König bat den bisherigen ordentlichen Professor an der Universität Rostock, Dr. Paapke zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Marburg, und den bisherigen ordentlichen Professor an dem eidgenössischen Polytechnikum in Zürich, Dr. Cohn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen ernannt.

Der König hat die von der Akademie der Wissenschaften in Berlin vollzogene Wahl der ordentlichen Professoren an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, DDr. Scherer, Pernice, Brunner, Schmidt zu ordentlichen Mitgliedern der philosophisch-historischen Klasse, sowie des ordentlichen Professors an der Universität in Heidelberg, jetzt ebenfalls in Berlin, Dr. Fuchs zum ordentlichen Mitglied der physikalisch-mathematischen Klasse der Akademie bestätigt.

Die Berufung des Oberlehrers Nuthreich am Realgymnasium zu Grünberg i/Sal. in gleicher Eigenschaft an das Realgymnasium zu Landshut ist genehmigt worden.

Der Forst-Professor Burckhardt ist zum Obersöster ernannt und demselben die durch Pensionierung des Obersösters Abend erledigte Obersösterstelle zu Alsfeld in der Provinz Hannover übertragen worden.

Dem Thierarzt Dalhorn zu Rathenow ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztsstelle des Kreises Westhavelland definitiv verliehen worden.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung.

Berlin, 28. April. Am Tische des Bundesrates: v. Bötticher, v. Burchard, Lohmann.

Präsident von Levesow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erklärt den am 2. Juni 1883 bezüglich der Wahl des Abg. v. Klotzing gefassten Beschluss auf Antrag des Berichterstatters Abg. Dr. Schläger für erledigt.

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission wird ohne Debatte an die Rechnungskommission verwiesen.

Es folgt die Berathung des Gesetzes, betr. die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern.

S 1 wird ohne Diskussion angenommen.

S 2 verbietet Kindern und jugendlichen Arbeitern den Aufenthalt in den Fabrikations-rc. Räumen der Zündholzfabriken.

Abg. Dr. Frege bezeichnet die Vorlage als eine Abschlagszahlung zu einem künftigen Verbot der Fabrikation gesundheitsgefährlicher Zündhölzer und belegt die Feuergefährlichkeit dieser Fabrikation mit einer Reihe statistischer Daten.

S 3–4 werden ohne weitere Diskussion hierauf angenommen.

„Zu S 5: „Auf die zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes bestehenden Betriebe, finden die bestehenden Bestimmungen derselben erst nach Ablauf eines Jahres Anwendung“ beantragt

Abg. Dr. Baumbach, statt „eines Jahres“ zu setzen „von zwei Jahren“.

Abg. Dr. Baumbach: Auch ich halte, wie der Vorredner, die Abschaffung dieser ganzen Fabrikation von Weißphosphor-Zündhölzern für sehr wünschenswert. Aber deshalb darf die Hausindustrie der kleinen Leute nicht so schnell vernichtet werden — in Thüringen allein sind über hundert Familien mit dieser Fabrikation beschäftigt — was sollte aus diesen Leuten werden, wenn schon nach Jahresfrist ihnen dieser Eimer entzogen wird? Man wird mir sagen, die Leute sollten einen anderen Fabrikationszweig kultivieren, aber das geht in so kurzer Frist doch nicht an und deshalb bitte ich Sie, sich für meinen Antrag zu erklären.

Geb. Ober-Reg.-Rath Lohmann: Diejenigen Regierungen, für deren Bezirk diese Vorlage ihrer Gegenstand nach gültig sein soll, haben die Frist eines Jahres für ausreichend erachtet. Ich bitte Sie daran festzuhalten.

S 5 wird sodann mit der vom Abg. Dr. Baumbach beantragten Änderung angenommen.

S 6 setzt für Zündhölzer und Zündkerzen 10 Mark für 100 Kilogramm fest.

Abg. Dr. Reichenberger (Krefeld) auf der Journalistentribüne meist unverständlich bedauert, daß in den Motiven zu S 6 statt des Wortes Karoie kein deutsches Wort gebraucht ist. Es sei nicht empfehlenswert, Zündkerzen in derselben Höhe zu besteuern, wie Zündhölzern; die Zusammenstellung beider sei auch gar nicht berechtigt. Man würde einen viel höheren Zoll erhalten können, wenn man das Wachs und die Baumwolle in diesen Kerzen im Einzelnen besteuern würde.

Abg. v. Massow: Gerade im Interesse unserer Zündholzfabrication und im Hinblick auf die wünschenswerthe Hebung der deutschen Fabrikation phosphorfreier Zündhölzer muß ich für die Zollbestimmungen des S 6 stimmen. Durch diese Zollbestimmungen wird eben die Einführung der Fabrikation phosphorfreier, sog. schwedischer Zündhölzer wesentlich beschleunigt werden.

Abg. Dr. Baumbach: Ich stimme dem Abg. Dr. Reichenberger in dem Bedauern bei, daß das Wort Karoie statt eines deutschen Ausdrucks gewählt worden. Was diese entzückliche Krankheit selbst betrifft, so besteht sie leider noch in hohem Maße und fordert viele Dozen, besonders da die Arbeiter sich nur durch das wenig appetitliche Tabakfauen sickern. Wie in der ersten Lesung müssen wir Sie auch heute bitten, diese Zollbestimmung von 10 Mark abzulehnen. Diese Zollbestimmung kommt allem den großen Fabrikanten zu Gute und soll für diese ein Äquivalent gegen die Schuhmaßregeln in den Fabrikeinrichtungen bilden. Den kleinen Fabrikanten kommt der Zoll gar nicht zu Gute, während die Last dieses Gesetzes sie ebenso sehr trifft, wie die großen. Wenn Abg. Reichenberger — ich konnte seiner Rede nicht ganz folgen — meint, daß die Zollerhöhung für den Einzelverkauf nur wenige Pfennige betragen würde, so ist doch zu bedenken, daß dieser geringe Mehrbetrag von dem großen Publikum schwer empfunden wird. Erst haben Sie den Holzzoll verlangt, jetzt verlangen Sie diesen Holzzoll en miniature — wir werden dagegen stimmen, weil wir gegen jede Besteuerung der notwendigen Lebens- und Gebrauchsmitte sind. (Beifall links.)

Geb. Ober-Regierungs-Rath Lohmann: Die Schuhmaßregeln der ersten Paragraphen dieses Gesetzes belasten zweifellos die deutsche Fabrikation und legen ihr einen Geldaufwand auf, den die auswärtige Zündholzfabrication nicht unterliegt. Es ist doch ganz klar, daß, wenn wir unsere Industrie gegen die auswärtige konkurrenzfähig erhalten

wollen, wir dies durch diesen Steuersatz allein erreichen können. Sonst würde doch der voraussichtliche Kinderverbrauch an inländischen Phosphor-Zündhölzern, wie ihn die Vorlage herbeizuführen bestimmt ist, nicht der Fabrikation inländischer amorpher Zündhölzer zu Gute kommen, sondern der Einfuhr ausländischer phosphorhaltiger Zündhölzer.

Abg. Büchner: Die deutsche Industrie hat die schwedischen Zündhölzer in Gebrauch genommen, hat sich dann aber auf die faule Haut gelegt und weiter nichts gethan. Ich wundere mich, daß der Herr Regierungskommissar nicht auch gefragt, man müsse der deutschen Zündholzindustrie auch noch das Holz schenken, damit sie amorphe Streichholz zu herzustellen bereit ist. Das Beste wäre das gänzliche Verbot der Fabrikation phosphorhaltiger Zündhölzer — so lange Sie das nicht thun, gestatten Sie wenigstens die steuerfreie Einfuhr phosphorfreier Zündhölzer aus dem Auslande. (Beifall links.)

Die Diskussion wird geschlossen und hierauf § 6 mit 135 gegen 110 Stimmen angenommen.

Damit ist die 2. Berathung der Vorlage erledigt.

Es folgt die dritte Berathung der Novelle zum Hilfsklassengesetz.

Abg. Grilleberger: Wenn ich heute in der Generaldiskussion das Wort nehme, so geschieht es, weil ich in der 2. Lesung nicht dazu gekommen bin, dem Herrn Minister von Bötticher zu antworten. Sobald die Regierung gesehen hat, daß die Arbeiterkreise sich für die freien Hilfsklassen erklären und für sie energisch eingetreten sind, begann die Regierung uns Feindseligkeiten gegen die Hilfsklassen vorzuwerfen. Die Regierung glaubte nun, gegen die Hilfsklassen vorgehen zu müssen, und das geschieht in dieser Vorlage. Um den Arbeiter auch in den Hilfsklassen nicht ohne volkswirtschaftliche Bevormundung zu lassen, hat man in zweiter Lesung die §§ 33 und 34 beschlossen. Zur Begründung dieser beiden Paragraphen hat die Regierung sich allein auf Reporteren berufen können — auf den Weg einer solchen Beweisführung können wir der Regierung nicht folgen, wir ebenso wenig wie andere Politiker. Ich habe den Arbeitern den Eintritt in die freien Hilfsklassen angeraten, damit sie das Wesen der Selbstverwaltung kennen lernen. Und wenn ich dann die freien Hilfsklassen als ein Volkswerk einer gesunden sozialen Bewegung bezeichne, so geschieht dies durchaus im Sinne der bestehenden Gesellschaftsordnung. Wollte die Sozialdemokratie aber wirklich gegen die freien Hilfsklassen irgendwie vorgehen, § 33 und der Antrag des Herrn v. Hammerstein könnte sie nicht daran hindern. In den freien Hilfsklassen wird übrigens weit seltener, wenn überhaupt, eine Vereinigung von Wahlhähnen stattfinden, als in den Fabrikantvereinen, wo sehr oft vom Vorsitzenden ein väterlicher Rath für den Wahlgang erheilt wird. Und dazu kommt noch hinzu, daß die Versammlungen der Fabrikantvereine nicht polizeilich bewacht werden, was doch bei den Hilfsklassen fast immer der Fall ist. Die Arbeiter sollen eben niemals vergehen dürfen, daß sie unter staatspolizeilicher Aufsicht stehen. Die Polizei darf stets eingreifen und hat sich Robben angewöhnt, die sie auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes noch lange nicht vergessen werden. — Auch der Bestimmung, daß die Polizei jederzeit die Bücher und Rechnungen der Kassen prüfen darf, können wir nicht zustimmen. Die polizeiliche Kontrolle kompromittiert die Kassen und veranlaßt ängstliche Mitglieder zum Austritt. — Schon wegen §§ 33 und 34 müssten wir gegen die Novelle stimmen; es veranlaßt uns aber auch die ganze Handhabung, die in der Auslegung des Gesetzes statfinden wird, zur Ablehnung der Novelle, da in jeder Beziehung den Behörden Mittel an die Hand gegeben werden, die Kassen zu drangalieren und zu vernichten. — Wir werden also der Vorlage nicht zustimmen, da wir nicht zugeben können, daß die Polizeiaufsicht und die Ausnahmevereinbarungen gegen den Arbeiter und auch in dieser Vorlage wieder zum Austrag kommen. Der Einpruch des Abgeordneten Windhorst, wenn in den Kassen keine Politik getrieben wird, so brauche man gegen die §§ 33 und 34 auch nicht aufzutreten — dieser Einwand hält nicht Stich, denn wir verlangen gleiche Rechtsbestimmungen für den Arbeiter, so wie für andere Stände. Diese Paragraphen aber bedeuten ein Missbrauchsverbot gegen die Ehre der Arbeiter. Staatsmänner mögen Gelder nehmen, wo sie sie bekommen, die Arbeiter aber nicht — sie schägen aber ihre Kassen viel zu hoch, um sie zu politischen Zwecken zu missbrauchen.

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Ich habe meinen Zusatzantrag zu § 34 auch für die dritte Lesung wieder aufgenommen, denn die Gründe, die man in zweiter Lesung dagegen geltend gemacht hat, haben mich von der Unrichtigkeit meines Standpunktes nicht überzeugt. (Beifall links: „Sie sind nicht zu überzeugen!“) Der Vorredner hat wieder Arbeiter und Sozialdemokratie einander gleichgestellt, darin kann ich ihm nicht folgen. Abg. Löwe hat gemeint, die Sozialdemokratie hätte sich auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes zu behaupten gewußt, sie werde es auch bei meinem Antrag können. Aber dabei ist doch zu bedenken, daß es sich hier um ein definitives Gesetz handelt, während das Sozialistengesetz doch ein Ausnahmengesetz ist, dessen Aufhebung über kurz oder lang zu erhoffen ist. Wenn dann Abg. Löwe sein Parteiorgan den „Reichsfreund“ defaukt hat, so kann ich nur annehmen, daß dies unter dem Einfluß der Stolze'schen Reden geschehen ist. Ich möchte Sie doch aber an die große Reihe mißlungenener Versuche, fortschrittliche und sozialistische Arbeiter zu vereinigen, dringend erinnern, denken Sie an die Versammlung im Konzerthause im Jahre 1869! Ich bitte nochmals, nehmen Sie meinen Antrag an. (Beifall rechts.)

Abg. Lippe führt einige Fälle vor, in denen gegen die Hilfsklassen polizeilich aufgetreten worden ist. Es habe sich gezeigt, daß in diesen Fällen niemals eine Feindseligkeit der Behörden vorliegen habe, sondern stets nur Missverständnisse. Deshalb sei eine genaue Fassung der einzelnen Bestimmungen sehr notwendig.

Abg. Richter (Hagen): Wir sind gegen den Antrag v. Hammerstein, weil wir gegen jede Ausnahmevereinbarung sind, gleichviel wie die Kassen zusammengelegt sind. Herr v. Hammerstein spricht von 1869. In jenem Jahre hat Herr v. Schröder die Strassenvereine sozialistisch organisiert. Damals haben die Maschinenbauer etc. diesem Bestreben gegenüber, sich zu Berufsgenossenschaften vereinigt mit Hilfe der Herren Schulze-Delitzsch, Duncker etc. Das hat aber mit politischen Fraktionen nichts zu thun. Damals 1869 ist der Sozialismus künstlich in Berlin großgezogen, von Herrn Bebel ist öffentlich Herr v. Schröder ein politischer Agent der Regierung genannt worden. Die Regierung hat rubig gewahren lassen, daß Versammlungen der Fortschrittspartei von Sozialisten gesprengt wurden. Jetzt erkennt die Regierung nur, was sie 1869 gesetzt hat. — Gegenüber dem Antrag v. Hammerstein müssen wir rufen: principiis obsta! Führen Sie die

Polizeiaufsicht in die Hilfsklassen ein, so ist kein halt mehr, dann kommen auch die Regelclubs allmälig an die Reihe und bald das ganze Vereinswesen. Die Herren aber, welche für den Antrag stimmen, da sie der Verlängerung des Sozialistengesetzes zustimmen, mögen doch bedenken, daß es sich hier nicht wie dort um ein Ausnahmengesetz, sondern um ein dauerndes Gesetz handelt. (Beifall links.)

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Art. 1 und 2 werden ohne Debatte genehmigt.

Bei Art. 2a beantragt

Abg. v. Malzahn-Güls den dritten Absatz zu streichen. Der Absatz, welcher in zweiter Lesung von den Liberalen eingebrochen worden, lautet: „Auf den Antrag der Kasse hat die höhere Verwaltungsbehörde bei der Zulassung zugleich zu bescheinigen, daß das Statut den Vorschriften des § 75 des Gesetzes betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 genügt. Für diese Bescheinigung gelten die Vorschriften des Absatzes 2.“

Abg. Dr. Hirsch und Gen. beantragen, in diesem Absatz statt des Schlusses zu setzen: „Wird die Bescheinigung verfagt, so sind die Gründe mitzutheilen. Gegen die Verfagung steht der Refus gemäß Absatz 2 zu.“

Geb. Ober-Reg.-Rath Lohmann: Der in zweiter Lesung angenommene Absatz 3 des Art. 2a wird keineswegs den Zweck erreichen, der von den Antragstellern beabsichtigt ist. Redner sucht dies in eingehender Besprechung des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes nachzuweisen und schildert die bei der Prüfung der Zulässigkeit der Kassen übereinige Praxis.

Abg. Schrader: Der von uns beantragte Absatz 3 erleichtert die Praxis für die Hilfsklassen, und eine Regierung, die sich stets eine arbeiterfreundliche nennt, sollte sich doch bemühen, den Arbeiterklassen jede mögliche Erleichterung zu verschaffen, nicht aber jeder Erleichterung entgegenzutreten. Es ist ja möglich, daß unter Vorlage für die Regierungen etwas Schwierigkeiten bietet, daß eine andere Modalität geschaffen werden könnte, dann mag das doch von der geeigneten Seite geschehen, aber bemängeln Sie unsern Vorschlag nicht, wenn Sie nichts Besseres dafür hätten wollen.

Abg. Dr. Buhl: Gerade nach den Ausführungen des Herrn Regierungskommissars sehe ich nicht ein, warum Sie sich gegen diese Bevormundung in Absatz 3 wehren. Ich glaube, daß es für die Gemeindeverwaltungen in sehr vielen Fällen erwünscht sein wird, von einer solchen Bestimmung Gebrauch machen zu können. Eine ganze Reihe von praktischen Gründen spricht gegen die Auflassung der Regierung und für die Annahme unseres Antrags, um dessen Annahme ich Sie dringend bitte. (Beifall links.)

Obr-Reg.-Rath Lohmann: Von keinem der Vorredner ist der Standpunkt der Regierung wirklich widerlegt worden. Ich konstatiere dies ausdrücklich, um darauf verweisen zu können, wenn nach Annahme dieses Antrags sich später bei Ausübung des Gesetzes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Der Antrag der Abg. Hirsch und Gen. (Schlußsatze des 3. Absatzes) wird für den Fall der Annahme des ganzen § 63 mit 127 gegen 113 Stimmen angenommen; der Antrag des Abg. v. Malzahn auf Streichung des 3. Absatzes wird mit derselben Majorität abgelehnt.

Artikel 2a wird demgemäß in der Fassung der 2. Lesung angenommen.

Artikel 3–7 werden unverändert genehmigt.

Zu Art. 8 § 19a wird auf Antrag des Abg. v. Malzahn mit knapper Majorität beschlossen, in dem Satze

„sowie die eingehenden Gelder . . . zu verwalten“ einzuschließen, „vorbehaltlich anderweiter Verfügung des Vorstandes über dieselben.“

Abs. 3 des § 19a lautet nach der zweiten Lesung: „Von jeder Abteilung des Bezirks der örtlichen Verwaltungsstelle und die Zusammensetzung ihrer Verwaltung hat der Vorstand der Kasse der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes Anzeige zu erstatzen.“

Abg. v. Malzahn beantragt, statt „der Vorstand der Kasse“ zu setzen „die“. Das Haus beschließt demgemäß und genehmigt ohne Diskussion die Art. 8a–11.

In Art. 12, § 33, beantragt

Abg. v. Malzahn im ersten Absatz die Worte von „mit der Maßgabe“ bis zum Schlusse zu streichen.

§ 38 wird entgegen diesem Antrage in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

In § 34 liegt ein Antrag des Abg. v. Malzahn vor, den in zweiter Lesung abgelehnten Zusatzantrag des Abg. v. Hammerstein anzunehmen.

Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt, die übrigen Artikel ohne Diskussion unverändert angenommen.

Die vollständige Novelle zum Hilfsklassengesetz wird sodann in dritter Lesung genehmigt.

Die Abg. Dr. Hirsch u. Gen. beantragen die Annahme folgender Resolution:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbliebenen Regierungen dahin zu wirken, daß die Anweisungen zur Ausführung dieses Gesetzes baldigst erlassen und die Verwaltungs- und Gemeindebehörden aufgefordert werden, die Schritte befußt Zulassung eingeschriebener Hilfsklassen zu beschleunigen.“

Premisser Landtag.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung.

Berlin, 28. April. Am Ministerische: Dr. Lucius.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.
Das Haus legt die dritte Beratung der Jagdordnung fort, diskutirt zunächst die §§ 63 und 64 (Verhütung des Wildschadens).
§ 63 lautet nach der zweiten Lesung:

"Schwarz-, Roth- und Damwild darf nur in geschlossenen Wildgärten oder in solchen Revieren unterhalten (gezeigt) werden, welche der Gestalt eingefriedigt (vergittert) sind, daß das Wild weder austreichen, noch an fremden Grundstücken Schaden anrichten kann."

Abg. Köller: Nachdem in dritter Lesung die Entschädigungsfrage in nicht genügender Weise gelöst worden ist, erkläre ich Namens der großen Mehrzahl meiner Parteigenossen, daß wir auch heute für § 63 in der Fassung der zweiten Lesung gemäß dem damaligen Antrage Conrad stimmen werden.

Abg. Conrad: Ich muß Sie bitten, gleich dem Vorredner für diesen § 63 in der von mir in der zweiten Lesung beantragten Fassung zu stimmen. In der letzten Debatte sind von der rechten Seite sehr schöne Erklärungen und Versprechungen für den kleinen Mann gemacht worden, als ist die Verpflichtung der Entschädigung anerkannt worden — aber wie schwer hat man es den Beschädigten gemacht, ihr Recht durchzusetzen. Keine Geldentschädigung kann den Schaden wieder gut machen, den das Wild auf dem Acker eines kleinen Besitzers angerichtet hat. Der Ackerbürger braucht sonst nur zu verkaufen, was er will, was er übrig hat — hier aber ist er gezwungen, Fruchtsäaten sich zerstören zu lassen. Er kann sich dafür Geld zahlen lassen, wenn er den Prozeß gewinnt, aber er muß nehmen, was die Sachverständigen ihm zubilligen. Und wenn wirklich einmal die Entschädigung eine ausreichende sein sollte, so ist dadurch auch nichts gesagt, denn oft ruiniert ein großer plötzlicher Geldbesitz den Ackerbürger, der in fleißiger Arbeit sonst seinen Gewinn ehrlich erworben. Aus diesen Gründen muß vor allem der Wildschaden verhütet werden, das will § 63 und deshalb wollen Sie auf den Rechten diesen Paragraphen nicht. Denn Sie vertreten nicht nur die Interessen des Großbesitzers gegenüber denen des kleinen Besitzers, sondern Sie übertragen diese Frage auch auf das Überreich (Heiterkeit). Sie schützen auf Kosten des kleinen Besitzers das Großtier. (Große Heiterkeit.) Sie sagen immer, das Bessere ist des Guten Feind — und deshalb wollen Sie nun dem Kleinbesitzer das Gute, für sich aber das Bessere. (Heiterkeit.) — Und nun sagt die Regierung, dieser § 63 macht das Gesetz für Sie unannehmbar. (Hört, hört! links.) Wie steht denn die Sache jetzt? — Redner führt einen Fall aus Schlesien an, in welchem die Verhütungsanträge einer Gemeinde von der königlichen Forstverwaltung abgelehnt worden; Redner bleibt vielfach unverständlich und wird vom Präsidenten aufgefordert, lauter zu sprechen, und schließt mit den Worten: Ich will Sie heute nicht bitten, der armen Bevölkerung eine warme Gefüllung entgegenzubringen — eine Bitte kann da nichts helfen, es muß dieses Gefühl in Ihnen liegen. (Beifall links.)

Abg. Dirichlet: Nachdem Abg. Köller für seine Parteigenossen jene Erklärung abgegeben, kann ich nur annehmen, daß wie Abg. Conrad, so auch das ganze Zentrum für diesen § 63 stimmen wird. Die Abstimmung des Zentrums über die Entschädigungsfrage kann ich auch nur in dem Sinne erklären, daß Sie sich gesagt haben, die Entschädigungsfrage ist nicht gut gelöst worden, aber wir wollen uns dafür durch § 63 sichern. — Wenn wir beantragen, statt "Schwarz-, Roth- und Damwild" zu setzen "Schwarz-, Roth- und Damwild und Rebwild" zu setzen, so geschieht es, weil wir auch die Rebe als schädlich für die Saaten halten und weil es dem Ackerbürger, der Kürbissamen, Gerste etc. gesät hat, nicht erfreulich sein kann, nur eine Rehweide zu erzielen. Sie auf der Rechten wollen den Behörden Fakultäten geben, nach Belieben zum Schutz einschreiten zu können. Diese Fakultäten bieten aber schon seit Jahrzehnten § 23 des Jagdgesetzes von 1850 — die Behörden haben davon zum Schutz der kleinen Besitzer keinen genügenden Gebrauch gemacht und sie werden es jetzt auch nicht tun, wenn wir statt der Fakultäten nicht Verpflichtungen schaffen. Sie müssen für § 63 stimmen, denn eine wirkliche Entschädigung haben Sie nicht beschlossen. Was soll denn der polizeiliche Abschluß nützen, da doch der Abschluß nur im kleinsten Theile des Jahres erfolgen kann? Wir verzichten aber gern auf § 63 und auf alle Garantien, wenn Sie beschließen wollten, daß jeder das Wild, das auf seinem Gebiete sich zeigt, abschießen kann. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt: Wir haben das Gesetz ebenso wenig eingebrochen, wie Herr Dirichlet, aber wir versuchen das Gesetz nach Möglichkeit zu verbessern, um einen Jagdbestand zu erhalten. Der Jagdbestand wird aber vernichtet, wenn die Bergatterungspflicht beobachtet wird. (Oho! links.) Abg. Dirichlet hat heute wiederum gesagt, die Behörden treffen zum Schutz der kleinen Besitzer keine Maßregeln — aber mag er mir doch einen derartigen Fall nennen (Beifall rechts), das ist doch noch immer nicht geschehen. Wir glauben genug gethan zu haben, durch den Antrag, den wir zu § 70 gestellt haben, daß nämlich, wenn den Schutzmaßregeln nicht genügt wird, die Aufsichtsbehörde die Abminderung des Wildstandes durch geeignete Personen bewirken zu lassen oder zu bestimmen, daß die beteiligten Forstbesitzer zum Schutz der beschädigten Grundstücke ausreichende Wildzäune anlegen und unterhalten. Nehmen Sie diesen Paragraphen an, so ist genügende Garantie von uns geschaffen — der Vorwurf des Abg. Conrad, wir verfolgten nur die Interessen der Großgrundbesitzer, wäre wohl kaum ausgesprochen worden, wenn er § 70 beachtet hätte (Beifall rechts).

Oberforstmeister Donner: Die Regierung hält Sie, von aller Bergatterung Abstand nehmen zu wollen. (Beifall rechts.) Oft liegen Chausseen innerhalb von Jagdbezirken, wie soll da die Bergatterung erfolgen? Auch würden die Gatter sehr kostspielig sein und häufig erneuert werden; auch würden sich vielfache unüberwindliche technische Schwierigkeiten ergeben, wodurch der Nutzen dieser Bestimmung in ihr Gegenteil verkehrt werden würde. Den Antrag Althaus und Gen., statt "Schwarz-, Roth- und Damwild" zu setzen "Schwarzwild", kann die Regierung zwar als eine Verbesserung bezeichnen, sie muß aber auch die Ablehnung dieses Antrages aus den erwähnten Gründen erbitte.

Abg. v. Rintelen: Die Mehrzahl meiner politischen Freunde wird für den Antrag des Abg. Althaus stimmen, weil wir darin genügende Garantien finden. Diese Erklärung ist keine Inkonsistenz, denn wir haben in zweiter Lesung erklärt, wir stimmen für Antrag Conrad, so lange keine genügende Entschädigung gesichert sei. Die Entschädigungsfrage ist aber Sonnabend in genügender Weise gelöst worden (Widerspruch links), ja, es war die beste Lösung, die unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen möglich ist. (Ause rechts: ah!) Alle politische Agitation, die außer dem Hause mit diesem Gesetz getrieben ist, kann uns in der ruhigen Prüfung des Gesetzes nicht beeinträchtigen. (Beifall rechts.)

Abg. Dirichlet: Der Aufruf der Regierung des Abg. v. Rintelen, ihm Fälle zu nennen, in denen die Behörden nicht in genügender Weise für die Kleinbesitzer eingetreten sind, werde ich mich wohl hüten, nachzukommen, denn ich befürchte nicht die von den Konservativen geliebte Praxis aus amtlichen Altersschriften, die mir dienstlich zugekommen sind, Namen anzuführen. (Unruhe rechts.) Abg. Rintelen predigt uns Vertrauen zu den Behörden, er, das Mitglied des Zentrums, das so oft in Stundenlangen Reden gegen die Behörden gesprochen hat. (Beifall links.) Der konservative Antrag zu § 70 spricht von einer "Abminderung" — nun, wenn im Alsfeldkönigreich 4 eine erhebliche Zahl ist, so ist ein Abdruck von 2 aus einer Zahl von 600 Thieren schon eine Abminderung. Ein Mitglied, ein Junge des Zentrums tritt für diskretionäre Gewalten der Regierung ein — das ist doch unerhört! (Beifall links und Heiterkeit.)

Minister Dr. Lucius: Die Debatte zeigt wieder, daß Niemand

so taub ist, als der, der nicht hören will. Jedes Gesetz gibt der Regierung diskretionäre Gewalten (Beifall rechts) jedes Gesetz — und ich kann dem Abg. Dirichlet nicht das Recht einräumen, da die Regierung zu imputieren, daß sie den von ihr geforderten Vollmachten nicht genügend Gebrauch machen werde. (Lebhafte Beifall links.) Es ist ja leicht, die Tendenz jeder Vorlage zu verleben; so hat man bei der Landgüterordnung gesagt, sie inaugurierte die Einführung der Leibeigenschaft — ebenso hat man jetzt gesagt, die Jagdordnung wolle nur eine Vermehrung des Wildstandes. Ich kann nur nochmals wiederholen, daß die Regierung von den Vollmachten, die ihr der Antrag zu § 70 gewähren will, erköpfenden Gebrauch machen will. (Beifall rechts.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich konstatire nach der Erklärung des Abg. Dirichlet zunächst mit Freuden, daß die Fortschrittpartei bei ihren Angriffen auf Beamte keinen Namen mehr nennen will. (Heiterkeit.) Das das Jagdrecht beschränkt worden, ist eine weise Bestimmung. Ich habe das Jahr 1848 dienstlich erlebt — da konnte man nicht aufs Feld gehen, ohne zu gemärteln, daß einem die Augen aus dem Kopfe geschossen wurden. (Heiterkeit.) Ich bin gegen die Bergatterung — wenn die Forstverwaltung beim nächsten Etat Bergatterungsbeträge fordern würde, die bedeutender sind, als die Jagdexträgerne, so würde sich wohl auf allen Seiten des Hauses dagegen Widerspruch erheben. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Es wird sodann fast einstimmig gemäß dem Antrage Dirichlet in § 64 der Satz „die Aufsichtsbehörde ist befugt, Alles anzuordnen etc.“ geändert in „die Aufsichtsbehörde ist verpflichtet.“

Gegen die Stimmen der Linken wird § 70 Abs. 1, in der Fassung des Antrages Althaus angenommen. Derselbe lautet:

„Wird die Beschädigung durch Wild, Roth- oder Damwild verursacht und wird durch die in den §§ 68, 69 bezüglichen Maßregeln der weiteren Beschädigung nicht vorgebeugt, so hat die Aufsichtsbehörde, falls der Aufruf nicht in genügendem Maße Folge geleistet wird, die Abminderung durch geeignete Personen (§ 63, Abs. 3) bewirken zu lassen, oder zu bestimmen, daß die beteiligten Forstbesitzer zum Schutz der beschädigten Grundstücke ausreichende Waldzäune anlegen und unterhalten.“

Ein Amendement Althaus und Gen., Abs. 2 und 3 zu einem § 70a zusammenzufassen, wird mit 168 gegen 116 Stimmen abgelehnt, dagegen dem § 70a gemäß dem Antrage Barth und Gen. folgende Fassung gegeben:

„In den Fällen der §§ 63 und 70 ist der Erlös für das auf Anordnung der Aufsichtsbehörde erlegte Wild zur Staatskasse abzuführen. Derselben fallen die Kosten der bezüglichen Anordnungen und der Ausführung derselben zur Last.“

Hieran wird der Antrag Althaus und Gen.:

„in § 63 statt „Schwarz-, Roth- und Damwild“ nur zu setzen „Schwarzwild“ mit 212 gegen 121 Stimmen angenommen, ebenso ohne Debatte die §§ 64 und 65.“

Die Fortsetzung der Debatte wird vertagt bis Dienstag 10 Uhr.

Schluss 14 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 28. April. Der heutige Beschuß der konservativen Klerikalen Majorität des Abgeordnetenhauses zur Jagdordnung, den in der zweiten Lesung eventuell angenommene Antrag wieder aufzuheben, wonach ebenso, wie das Schwarzwild, auch das Roth- und Damwild eingegittert werden müßte, hat dem während der letzten Tage zwischen den beiden Parteien geschlossenen Kompromiß das Siegel aufgedrückt; die in der zweiten Lesung durchgesetzte Regelung der Wildschadensatzfrage ist vom Zentrum vollständig wieder preisgegeben worden. Die Beschlüsse der zweiten Lesung hatten für die dritte, gewissermaßen zur Auswahl, zwei Systeme eventuell aufgestellt: einerseits die Bergatterung, welche zur Konsequenz hat, daß das außerhalb der Gehege angetroffene Wild jederzeit und von jedem erlegt werden könnte; andererseits die Haftpflicht des Forstbesitzers, aus dessen Walde das Wild, das den Schaden angerichtet hat, ausgetreten ist. Die am Sonnabend beschlossene Abschwächung des letzteren Systems dahin, daß seine Wirklichkeit nur eintreten soll, wenn die Behörden eine Verminderung des Wildes angeordnet haben und diese nicht erfolgt ist, bekundete schon den Entschluß der Majorität, bei der eventuellen Beschlüsse der zweiten Lesung fallen zu lassen, denn das System der Bergatterung ist den Großgrundbesitzern noch weit unangenehmer, als das des Schadensatzes; wenn sie das leichtere befeitigt hatten, so verland sich die Beseitigung des ersten von selbst, und sie ist heute erfolgt, so daß die Jagdordnung, wenn sie nach den nunmehrigen Abschlüssen zu Stande kommt, im Grunde Alles beim Alten läßt; die bedeutendste Änderung des bestehenden Zustandes wäre dann die Erhöhung der Jagdscheingebühr auf 10 Mark, jedenfalls ein höchst winziges Ergebnis so langer und umständlicher Verhandlungen. Zunächst ist es aber noch zweifelhaft, ob das Herrenhaus seine Zustimmung giebt. Die Ernährung, wie nahe die Sanktionierung eines wirklichen Wildschadensatzes durch das Abgeordnetenhaus war, die ihre Bedeutung für die fernere Gesetzgebung auch dann behalten hätte, wenn sie zunächst keine praktische Bedeutung gewann, wird es dem Herrenhause nahe legen, die Angelegenheit durch Annahme der Jagdordnung in ihrer jetzigen Gestalt für längere Zeit abzuschließen; indeß andererseits wird bei den Jagdvorkämpfern von der striktesten Observanz sogar der bedingte, von Anordnungen der Behörden abhängige Erfahanspruch genug Widerspruch erwecken, um das Resultat im Herrenhause zweifelhaft erscheinen zu lassen. Die Regierung sieht dem Kompromiß der Konservativen und Klerikalen wohlwollend gegenüber, ohne aber schon entschlossen zu sein, für dasselbe im Herrenhause entschieden einzutreten: dazu hat sie auf allzu viele von ihren eigenen Wünschen betreffs einer neuen Jagdordnung verzichten müssen. Auf alle Fälle muß dieses Kompromiß, zu dessen Herbeiführung ein Theil des Zentrums seine frühere Abstimmung und die Rückicht auf die bäuerliche Bevölkerung opfern mußte, als ein Zug der politischen Gesamtfläche betrachtet werden; es entspricht dem Bestreben des Abg. Windthorst, das durch die Frage des Sozialistengesetzes bedrohte Zusammengehen mit der Regierung und den Konservativen überall, wo sich eine Gelegenheit dazu bietet, zu festigen. — Heute Abend in der Sitzung der Kommission für das Sozialistengesetz erwartet man authentische Mitteilungen betreffs der in der letzten Sitzung von dem Abg. Richter (Hagen) erwähnten Gerüchte über ein versuchtes Dynamit-Attentat bei der Enthüllung des Nieberwald-Denkmales. Im Allgemeinen hält man die angeblichen, darauf bezüglichen „Gefändnisse“ eines

verhafteten Anarchisten für prahlrheue Übertreibungen einer allerdings damals in Rüdesheim vorgelkommenen, noch nicht aufgellarten Explosion. Im Übrigen ist es ja zweifellos, daß eine die heimliche Anfertigung und den heimlichen Besitz von Sprengstoffen mit Strafe bedrohende Gesetzesvorlage eine große Majorität finden wird; aber der Glaube an eine erhebliche praktische Bedeutung eines solchen Gesetzes für den Schutz der staatlichen Ordnung ist nicht weit verbreitet. Die Sachkundigen sind einig darüber, daß sehr geringe Kenntnisse in der Chemie dazu genügen, um aus Stoffen, welche jedermann sich leicht verschaffen kann, Dynamit herzustellen.

Montag Mittag hielt der Bundestag wieder im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung ist jedoch noch nicht auf der Tagesordnung enthalten. Die Veranlassung zur Festsetzung dieser Sitzung dürfte die an erster Stelle befindliche „Besprechung über Reichstagsbeschlüsse zu der Novelle über das Hilfskassen gesetz“ gegeben haben. Von neuen Vorlagen ist nur eine solche genannt über die Ausprägung von Reichs-Gold- und Silbermünzen im Jahre 1883. Von Ausschusserichten sind zu erwähnen solche über eine Eingabe, betreffend die Einführung von Papier-Normalformaten und über eine Eingabe wegen Abänderung des Civilstandsgesetzes im Sinne der Einführung der fakultativen Civilrechte; vermutlich ist die letztere dieselbe, welche von einer Mecklenburg-Strelitz'schen Pastoren-Konferenz aufgestellt und vor länger als einem Jahre von dem Mecklenburgischen Gesandten dem Bundesrat zugestellt wurde.

Das Staatsministerium hielt gestern Nachmittag 1 Uhr unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck im Reichskanzler-Palais eine Sitzung ab. — Der Vize-Präsident des Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer, ist von seinem Unwohlsein, welches dem Vernehmen der „Kreuztg.“ nach in einer starken Erkrankung bestand, so weit genesen, daß er gestern wieder einen Ausgang unternommen und auch dem Ministerrat beiwohnen konnte.

Paris, 28. April. Die internationale Konferenz zur Feststellung der elektrischen Einheiten ist heute im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Der Ministerpräsident Ferry eröffnete die Versammlung, in welcher 26 Staaten vertreten sind, mit einer Ansprache, auf welche der norwegische Delegierte Broch antwortete. Die Versammlung bestätigte den französischen Minister der Posten und Telegraphen, Cochet, als ihren Präsidenten.

Madrid, 28. April. Bei den gestrigen Wahlen haben sich die Borislaiisten der Abstimmung enthalten und sind in Folge dessen nur 6 Republikaner zu Deputirten gewählt worden. Castelar wurde in Quesca mit einer Majorität von 15 St. gewählt.

Madrid, 28. April. (Ausführlichere Meldung.) Der Eisenbahnhüttfall zwischen Badajoz und Ciudad Real ist herbeigeführt durch den Einbruch der 8 Meter langen Eisenbahnbrücke von Alenda und augenscheinlich eine Schandtat von Anhängern der revolutionären Partei. An der Brücke waren absichtliche Beschädigungen vorgenommen; die Stellen, wo dies geschehen waren künstlich verborgen worden, der Telegraphendraht war durchschnitten und die Herbeischaffung von Hilfe in der abgelegenen und nur wenig bewohnten Gegend zeitweilig unmöglich gemacht. Der Zug fuhr bis auf den Postwagen und zwei andere Wagen, die an der Brücke hingen blieben, in den Fluss. Bis jetzt sind 38 Tote, meist beurlaubte Soldaten, aus dem Flusse gezogen; die Zahl der Verwundeten beträgt 22; der Unteroffizier, welcher die beurlaubten Soldaten führte, giebt an, daß ihm von seinen Leuten 56 fehlten; außer von Soldaten war der Zug auch von Landleuten besetzt, von letzteren ist noch Niemand aus dem Flusse gezogen; die Arbeiten zur Hebung der in den Flusse gestürzten Menschen und Wagen werden fortgesetzt. In allen Kreisen der Bevölkerung giebt sich die tiefste Entrüstung gegen die Urheber des Attentates kund.

Rom, 28. April. Der Minister des Neuzern, Manzini, notifizierte dem britischen Botschafter die Annahme der Konferenz für die ägyptische Finanzfrage von Seiten Italiens.

Petersburg, 27. April. Die Vermählung des Fürsten Konstantin Konstantinowitsch mit der Prinzessin Elisabeth von Altenburg bat heute nach dem dafür aufgestellten Programme stattgefunden. Bei der Trauung des hohen Paars nach griechischem Ritus, die in der Palaiskirche stattfand, wurden die Kronen über den Hauptern desselben von den Großfürsten Sergius Alexandrowitsch, Peter Nikolaiowitsch, Nikolaus Michailowitsch, Dimitri Konstantinowitsch und von den beiden Prinzen von Sachsen-Weiningen gehalten. Die Trauung nach evangelischem Ritus stand in dem Alexandersaal statt, in dessen Mitte ein mit Samt bekleideter, mit Blumen geschmückter Altar errichtet war, die Trauung wurde von dem Pastor an der bietigen Petrikirche vollzogen. Um 5 Uhr fand großes Galadiner im Kioskaal statt, die Volksmusik beim Diner wurde von Künstlern der russischen Oper aufgeführt. Abends fand Hofball statt, die Stadt war glänzend illuminiert. Nach dem Ball werden die Neuwählten in einem vergoldeten achtpännigen Wagen vom Kaiser und der Kaiserin nach dem Marmorpalaie geleitet.

Locales und Provinzelles.

Posen, 29. April.

— [Zur Bischofsfrage.] Mit Bezug auf die gestern mitgetheilte Nachricht der „N. Pr. Stg.“, daß der Papst die Resignation des Grafen Ledochowski angenommen habe, schreibt die „Germ.“:

„Nach unsern Informationen, welche der heutige eingetroffene „Moniteur de Rome“ bestätigt, liegt die Sache so, daß der hl. Vater entthronen ist, dem kirchenpolitischen Frieden das große Opfer des Rücktritts eines Bischofs zu bringen, wenn einerseits die Regierung durch eine Revision über die Vorbildung s-Bestimmungen den gegenwärtig dringlichsten Schritt zur Abdankung des Ausgleichs tut und wenn andererseits die Vereinbarung über einen für die besonderen Verhältnisse dieser Erzdiözese geeigneten Nachfolger erzielt wird.“

A. [Verfügbare Sparassen geld der.] Durch Ministerial-Vorlesung vom 7. August 1876 war die Auslegung der unter Nr. 5 und 8 des Reglements vom 12. Dezember 1838 enthaltenen Bestimmungen, dahingehend, daß die öffent-

3

auf einige unbedeutende Vorfälle, denen keine besondere Beachtung beigelegt wird.

Berlin, 29. April. Die Sozialistengesetzkommission beschloß mit 13 gegen 7 Stimmen, dem Antrage Windthorst gemäß, den zweiten Abzug des § 9 zu streichen. Im Laufe der Debatten hatte der Minister v. Puttkamer erklärt, das Gesetz stelle die minimaen Vollmachten dar, welche die Staatsregierung benötige, die verbündeten Regierungen könnten seinem Amendement zustimmen; aus dem Standpunkte Windthorsts folge konsequent die Verwerfung des ganzen Gesetzes. Die Handhabung erfolge scharf aber gesetzmäßig und habe den erwarteten Erfolg als Damm gegen die Weiterverbreitung gehabt. Der Zustand von Beängstigung sei gewichen, die Sozialdemokraten von der Oberfläche verschwunden, allerdings unter Stärkung der geheimen Machinationen.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gef. Grab.
28. Nachm. 2	754,9	Nö schwach	bedeckt	+ 9,1
28. Monds. 10	753,1	N schwach	bedeckt	+ 7,7
29. Morgs. 8	750,5	N schwach	bedeckt	+ 6,8
Am 28. Wärme-Maximum: + 9,7 Gef. Wärme-Minimum: + 5,0				

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 28. April Morgens 2,20 Meter.
- - - Mittags 2,24
- - - Morgens 2,30

Telegraphische Börsenberichte.

Förder-Courte.

Frankfurt a. M., 28. April. (Schluß-Courte.) Schwach. Lond. Wechsel 20,407. Pariser do. 81,07. Wiener do. 168,17. R. & R. S. A. — Rheinische do. —. Hess. Lubomigsk. 109. R. & R. & R. Anth. —. Reichsanl. 102. Reichsbank 146. Darmst. 155. Meining. Bl. 94. Dost. ungar. Bank 717,75. Kreditaktien 268. Silberrente 68. Papirrente 66. Goldrente 85. Ung. Goldrente 77. 1860er Loope 120. 1864er Loope 310,50. Ung. Staatsl. 219,00. do. Ostb. O. b. II. 99. Böhm. Westbahn 268. Elisabethb. — Nordwestbahn 153. Galizier 242. Franzosen 266. Lombarden 119. Italiener 94. 1877er Russen 93. 1880er Russen 76. II. Orientanl. 60. Bentz. Pacif. 110. Disconto-Kommandit — III. Orientanl. 60. Wiener Bankverein 94. öst. österreichische Papirrente 80. Buschreiter — Egwyter 67. Gotthardbahn 106. Türken 9. Lued. Böschener 164. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 268. Franzosen 265. Gasier 241. Lombarden 119. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Egwyter — Gotthardbahn 107. Spanier — Marienburg-Mlawka — 1860er Loope — Tabaksaktien 115.

Frankfurt a. M., 28. April. (Efelten-Sozietät. (Schluß.) Kreditaktien 267. Franzosen 268. Lombarden 119. Galizier 240. Egwyter 67. Arros. ungar. Goldrente — 1880er Russen 76. Gotthardbahn 107. Tabaksaktien 115. Marienburger 73. Schwach.

Wien, 28. April. (Schluß-Curse.) Geschäftslös. Renten fest.

Papierrente 80,00. Silberrente 81,20. Österr. Goldrente 100,95. öproz. ungarische Goldrente 122,60. 4proz. ungar. Goldrente 91,65. 5proz. ungar. Papirrente 88,50. 1854er Loope 124,00. 1860er Loope 171,75. Kreditloose 177,50. ungar. Prämien 117,25. Kreditaktien 319,60. Franzosen 315,90. Lombarden 143,00. Galizier 288,00. Ratz. Überb. 150,00. Pardubitzer 153,25. Nordwestbahn 183,00. Elisabethbahn 234,00. Nordbahn 253,00. Österr. Ung. Bank —. Türkische Loope —. Unionbank 109,10. Anglo-Austr. 118,40. Wiener Bankverein 111,10. Ungar. Kredit. 318,25. Deutsche Pläne 59,45. Londoner Wechsel 121,40. Pariser do. 48,20. Amsterdamer do. 100,75. Napoleon 9,63. Dutaten 5,71. Silber 100,00 Markaten 59,45. Russische Banknoten 1,24. Bergberg-Gernowitz —. Kronpr. Rudolf 180,75. Franz-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbtalb. 193,25. Tramman 212,00. Buschreiter —. Österr. 5proz. Papier 95,70. Tabaksaktien —.

Die Kreditanstalt hat heute den Rest der im Besitz ihres Syndikats befindlichen Wiener Kommunal-Loope (angeblich 13 000 Stück) an ein Konsortium gegeben.

Paris, 28. April. (Schluß-Courte.) Fest.

5proz. amortisir. Rente 78,40. 3 prozent. 77,37. 4 prozentige Anleihe 108,22. Italienische 5proz. Rente 95,25. Österr. Goldrente 84. 6proz. ungar. Goldrente 103. 4 proz. ungar. Goldrente 77. 5proz. Russen de 1877 96. Franzosen 661,25. Lombard-Eisenbahn-Aktien 318,75. Lombard. Prioritäten 299,00. Türken de 1865 8,97. Türkische Loope 46,50. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 335,00. Spanier neue 61. Suezanal-Aktien 2072. Banque ottomane 672. Credit foncier 1315. Egypter 339,00. Banque de Paris 871. Banque d'Escompte 531,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,15. 5proz. Rumänische Anleihe —. Koncier Egyptien 525. 5proz. Priv. Türk. Oblig. 381,25. Tabaksaktien 573,12.

London, 28. April. Consols 101. Italienische 5prozentige Rente 94. Lombarden 12. 5proz. Lombarden alte —. 5proz. do. neu —. 5proz. Russen de 1871 91. 5proz. Russen de 1872 91. 5proz. Russen de 1873 92. 5proz. Türken de 1865 8. 4proz. fundierte Ameril. 125. Österreichische Silberrente 76. do. Papirrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76. Österr. Goldrente 83. Spanier 61. Egwyter neue —. do. unif. 67. Ottomanhant 161. Preuß. 4proz. Consols 102. Ruhig.

Suez-Aktien 82. Silber —.

Blasdielton 1 1/2 pft.

In die Bank fließen heute 11 000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 28. April. Wechsel auf London 24 1/2. II. Orient. Anleihe 94. III. Orientanleihe 94. Neue Goldrente 161. Petersburger Disconto-bank 480.

Produkten-Kurse.

Köln, 28. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger lolo 18,25. fremder 18,75. per Mai 17,75. per Juli 17,95. per Novr. 18,20. Roggen lolo hiesiger 14,75. per Mai 14,05. per Juli 14,30. per Novr. 14,40. Hafer lolo 15,00. Rübböl lolo 30,50. per Mai 30,10. pr. Ott. 29,50.

Bremen, 28. April. Petroleum (Schlußbericht) rubig. Standard white lolo 7,60 Br. per Mai 7,60 Br. per Juni 7,70 Br. per Juli 7,80 Br. per Aug.-Dezbr. 8,10 Br.

Hamburg, 28. April. (Getreidemarkt.) Weizen lolo und auf Termine rubig. per April-Mai 170,00 Br. 169,00 Br. per Mai-Juni 171,00 Br. 170,00 Br. Roggen lolo fest. auf Termine rubig. per April-Mai 129,00 Br. 128,00 Br. per Mai-Juni 130,00 Br. 129,00 Br. Hafer und Gerte fest. Rübböl rubig. lolo 59,00. per Mai 59,00. Spiritus rubig. per April 38 Br. per Mai-Juni 38 Br. per Juli-August 40 Br. per August-Septbr. 41 Br. — Kaffee rubig. Umsatz 3000 Sac. Petroleum behauptet. Standard white lolo 7,75 Br. 7,70 Br. per April 7,65 Br. per August-Dezbr. 8,15 Br. Wetter: Schön.

Wien, 28. April (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,72 Gd. 9,77 Br. per Mai-Juni 9,70 Gd. 9,75 Br. — Roggen per Frühjahr 8,25 Gd. 8,30 Br. pr. Mai-Juni 8,25 Gd. 8,30 Br. Mais per Mai-Juni 6,75 Gd. 6,80 Br. per Juli-August 6,92 Gd. 6,97 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,52 Gd. 7,57 Br. per Mai-Juni 7,52 Gd. 7,57 Br.

Paris, 28. April. (Produktenmarkt (Schlußbericht.) Weizen rubig. per April 22,90. per Mai 22,90. per Mai-August 23,40. per Juli-August 23,90. — Roggen rubig. per April 16,00. per Juli-August 17,00. R. bi 9 Marques weidend. per April 46,10. per Mai 46,50. per Mai-August 47,50. per Juli-August 48,50. Rübböl rubig. per April 69,25. per Mai 69,25. per Mai-August 70,25. per Sept.-Dez. 72,00. Spiritus behauptet. per April 44. per Mai 44. per Mai-August 44,75. per Sept.-Dez. 46,25. — Wetter: Bedeckt.

Amsterdam, 28. April. (Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger. pr. Novbr. 246. per März —. Roggen lolo fest. auf Termine höher. per Mai 161. per Oktober 162. Mais per Herbst 349. Rübböl lolo 36. per Mai 33. per Herbst 32.

Antwerpen, 28. April. (Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen steigend. Hafer gefragt. Gerte fest.

Antwerpen, 28. April. (Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes. Type weiß. lolo 19 bez. und Br. per Mai 19 Br. per Juni 19 Br. per Sept.-Dez. 20 Br. Ruhig.

London, 28. April. Die Getreideaufbauten befragen in der Woche vom 19. bis zum 25. April: Englischer Weizen 3787. fremder 24919. engl. Gerte 502. fremder 14404. englische Maisgerste 18871. fremde — englischer Hafer 822. fremder 58769 Orts. Englisches Mehl 18569. fremdes 18299 Sac und 200 Tas. — London, 28. April. An der Küste angeboten 8 Weizenladungen. Wetter: Regen. Nebel.

London, 28. April. Havannauder Nr. 1217 nominell. Rüben-Rohzucker 14 träge. — Centrifugal Kuba — Liverpool, 28. April. Baumwolle (Schlußbericht). Weitere Meldung. Dhollerah fine 5 1/2. Domra good 5 1/2 d.

Marktpreise in Dresden am 28. April.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	gute		mittlere		geringe Waare	
	Höch- ster	Nie- drigst	Höch- ster	Nie- drigst	Höch- ster	Nie- drigst
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
Weizen, weißer dio. gelber	20 20 pro	19 20 18 40	18 50 15 80	17 — 14 90	18 50 14 60	16 50 14 20
Roggen	100	100	15 80 15 80	14 60 14 60	14 90 13 80	14 40 13 —
Gerte						
Hafer						
Gibben						
Kartoffeln, pro 50 Algr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark. pro 100 Kg. 6—6,50—7—7,50 Mark. pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Kg. 3,30—3,60 Mark. — Stroh, per Schöck à 60 Algr. 23,00—26,00 Mark.						

Dresden, 28. April. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogramm) still. Gefündigt — Centner. Abgelaufene Kündigungsscheine —. per April 157 Br. per April-Mai 157,00 Br. per Mai-Juni 155,00 Br. per Juni-Juli 155,00 Br. per Juli-August 154,00 Br. per August-Sept. — per Sept.-Oktober 152,50 Br. — Weizen Gel. — Ctr. per April 187 Br. — Hafer Gel. — Centner. per April 137 Br. per April-Mai 137 Br. per Mai-Juni 137 Br. per Juni-Juli 140 Br. — Raps Gel. — Centner. per April — Br. — Rübböl fest. Gefündigt —. Centner, lolo in Quantitäten à Kilogr. 61,00 Br. per April 58,00 Br. per April-Mai 57,50 Br. per Mai-Juni 58,00 Br. per September-Oktober 57,75 Br. — Spiritus wenig veränd. Gefünd. 10 000 Liter. per April 46,90 bez. per Mai-Juni 47,10—47,20 bez. per Juni-Juli 48,00 Br. per Juli-August 49 Br. per August-September 49,40 bez. schles. 9,40 Br. per September-Oktober 49 Br. Br. — Zinl (per 50 Kilo.) schles. Vereins-Marken auf kurzen Termine 14,00 bez.

Dresden, 28. April. (Private Bericht.) Die Börsen-Kommision. Landfuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig. die Stimmlung im Allgemeinen fest. Weizen zu hohe Forderungen erschweren Umsatz. per 100 Kilogr. schwef. weißer 17,50—19,40—20,50 Mark. gelber 17,30—18,20—18,60 Mark. feiste über Rotz bez. — Roggen keine Qualitäten preishalt. bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto schlesischer 15,00—15,20—15,60 Mark. russischer 15,40 bis 16,00 Mark. feinster über Rotz. — Gerte gut verläufig. per 100 Kilogramm 13,50—14,20 Mark. weiße 15,30 bis 16,00 Mark. — Hafer in seifer Haltung. per 100 Kilogramm 13,70 bis 14,50 bis 14,80 Mark. feinster über Rotz bez. — Mais preishaltend. per 100 Kilogramm 12,30—12,80—13,80 Mark. — Erbsen mehr beachtet. per 100 Kilogramm 15,00—17,00—18,80 Mark. Vittoria 17,00—19,00—21,00 Mark. — Bohnen preishaltend. per 100 Kilogramm 18,00—19,00—20,00 Mark. — Lupinen keine Qualitäten behaupt. gelbe per 100 Kilogramm 8,80 bis 9,10 bis 9,70 Mark. blaue 8,70—9,00—9,30 Mark. — Widen in rubiger Haltung. per 100 Kilogramm 14,50—14,75—15,50 Mark. — Delfaaten schwader Umlauf. — Schlaglein sehr fest. — Schlaglein saft per 100 Kilogr. — R. — Winter raps per 100 Kilogr. — M. — Winter raps per 100 Kilogramm — Mark. — Sommerraps per 100 Kilogramm — M. — Leindotter per 100 Kilogramm — M. — Raps suchen ruhig. per 50 Kilogramm 7,30 bis 7,50 Mark. — Raps verändert. — Leindotter sehr fest. per 50 Kilogramm 9,00—9,20 Mark. fremde 7,70—8,50 Mark. — Kleesamen schwacher Umlauf. rother nominell. per 50 Kilogramm 45—50—53—59 Mark. weißer rubig. per 50 Kilogramm 58—68 bis 78 bis 90 Mark. hochfein über Rotz. — Schwedischer Kleesamen rubig. per 50 Kilogramm 63—76—93 Mark. — Tannen-Kleesamen ruhig. per 50 Kilogramm 62—72—73 Mark. — Thymothee unverändert. per 50 Kilogramm 18—20—23 Mark.

Stettin, 28. April. (An der Börse.) Wetter: Leicht bewölkt. + 12° Neumur. Barometer 28,2. Wind: R.

Weizen ruhig. per 1000 Kilogramm lolo gelb und weiß 162 bis 180 Mark. bei abgelaufene Anmeldungen —. M. bezahlt. per April-Mai 180 Mark. Br. per Mai-Juni 178,5 Mark. M. bez. per Juni-Juli 181,5—181 Mark. bez. per Juli-August 182,5—181,5—182 Mark. bez. per Sept.-Oktober 183—184 Mark. bezahlt. — Roggen fest. per 1000 Kilogramm lolo inländischer 138 bis 142 Mark. russischer 142—148 Mark. per April-Mai 144 Mark. nominell. per Mai-Juni 143,5—144,5 bis 144 Mark. bez. per Juni-Juli 143,5—144,5—144 Mark. bez. per Juli-August 144,5—144 Mark. bez. per Sept.-Oktober 143,5—144 Mark

